



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Florian Herrmann, Dr. Franz Rieger,** Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Alexander König, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Mechthilde Wittmann **CSU**

Drs. 17/119, 17/318

Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) und des plurilateralen Dienstleistungsabkommens (TiSA)

1. Der Landtag bekennt sich zur kommunalen Verantwortung für Aufgaben der Daseinsvorsorge, gerade auch für den Bereich der Wasserversorgung.
2. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, beim Bund und in Europa darauf hinzuwirken, dass das bekannt gewordene Verhandlungsmandat der EU-Kommission, das einen Schutz der öffentlichen Versorgung einschließlich der kommunalen Daseinsvorsorge enthält, bei den laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership) sowie beim plurilateralen Dienstleistungsabkommen (TiSA - Trade in Services Agreement) strikt beachtet wird. Es darf durch diese Abkommen zu keiner Liberalisierung und Deregulierung von Leistungen der Daseinsvorsorge und zu keiner Aushöhlung der kommunalen Verantwortung kommen. Vielmehr muss es weiterhin ausschließliches Recht der Mitgliedstaaten bleiben, über Definition, Organisation und Anforderungen für öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge zu entscheiden.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin